

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit.“

Inserionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

Vom Rhein, 9. Juni. In der Discussion über den westmächtl. österreichischen Aprilvertrag sind die inspirirten Federn der verschiedenen gouvernementalen Principien offenbar an der Grenze der Thatsachen angelangt, deren Transpiration das Publicum als zulässig fand. Denn bekanntlich gibt es für streitende Cabinetes immer Punkte, wo ihre Offenherzigkeit auch in Betreff des Gegners von den Rücksichten auf diesen begrenzt wird; die letzte Karte vor der Oeffentlichkeit auszuspielen, hütet man sich beiderseits. Nur muß man nicht vom Publicum verlangen, daß dieses auf Commando ein Interesse fallen läßt, welches erst aus bestimmten Centralpunkten aufs lebhafteste angeregt und zur Discussion gestellt wurde. Es ist daher mehr als eine irthümliche Unrichtigkeit, wenn jetzt die Correspondenzen, welche „öffentliche Meinung“ signalisiren wollen, die Behauptung aufstellen, daß plötzlich vom Aprilvertrage nicht mehr geredet werde. Von seinen einzelnen Artikeln freilich nicht. Aber um deren Formulirung hat sich das große Publicum überhaupt niemals gekümmert. Warum auch? Da nach den Versicherungen Lord Palmerston's kein geheimer Tractat daneben besteht, so bleibt in ihnen von vornherein nicht die geringste Dunkelheit. Aber daß neben dem offenen Vertrage noch Verabredungen und Vorbereitungen der Verbündeten auf gewisse Eventualitäten hin getroffen seien, ist mit jener Erklärung des englischen Premier keineswegs in Abrede gestellt. Und nach verschiedenen Angaben existiren sie wirklich, beziehen sie sich sogar sehr bestimmt auf die von Rußland zu erwartende Politik der Einwirkungen auf Griechenland u. Die Beurtheilung des Aprilvertrags vom deutschen Standpunkt ist nun bekanntlich von der einen Seite sehr abfällig, während von österreichischer Seite gern dessen nationale Bedeutung für Deutschland emphatisch betont wird. Schwerlich etwas Anderes als Staubaufwirbeln in beiden Lagern. Ursprünglich ward dabei an Deutschland umsoweniger gedacht, als es kaum zweifelhaft ist, daß der Aprilvertrag erst entschieden von Oesterreich betrieben wurde, nachdem es sich darüber vergewissert hatte, daß Preußen auf eine ähnliche, relativ irrige Verlängerung des deutsch-österreichischen Garantievertrags vom April 1854 nicht eingehen werde. Wäre dies geschehen, so würde die genaue Präcisirung der beiden großen politischen Gruppen Oesterreich-Westmächte und Preußen-Rußland nicht so demonstrativ ins Werk gesetzt worden sein, wie es eben geschieht. Erst mit dieser scharfen Trennung zwischen beiden deutschen Großmächten in ihrer europäischen Politik trat von neuem, wie nach dem westmächtl. Friedensprogramm (vom August 1854) im orientalischen Kriege, die Frage um das übrige Deutschland ein. Damals fand man ein Compromiß am Bundestage. Auch jetzt wird man es finden und ist bereits auf dem Wege dahin, nur würde wahrscheinlich eine Verpflichtung des Bundes zur Garantirung der österreichischen Gebiete in Italien auf sehr bestimmte Eventualitäten reducirt werden. Diese Frage bleibt indessen im politischen Calcul der großen Cabinetes mehr nebensächlich; die Hauptsache bleibt immer der breite Halbgürtel, mit welchem die neue Aprilallianz den europäischen Continent umzieht, und in welchem bloß Südwestdeutschland mit der Schweiz, sowie Belgien eine geographische Lücke läßt. Die weitere Frage ist: wie werden sich die skandinavischen Staaten dazu stellen. Der Pyrenäischen Halbinsel hält sich der französisch-englische Einfluß versichert. Auch über Italien würde die österreichisch-französische Rivalität zu einem Compromiß gekommen sein, wenn nicht Sardinien so unbequem darin läge. Indessen scheint man auch hier einen Haden der Uebereinstimmung gefunden zu haben. Und es stimmt damit ganz gut zusammen, daß ein Theil der inspirirten Presse plötzlich dort jede Aufregung in Abrede stellt, während ein anderer Deutschland so inständig warnt, sich von dieser Frage fernzuhalten.

Preußen. — Berlin, 10. Juni. Die Kaiserin-Witwe von Rußland tritt am 14. Juni die Reise nach Wildbad an. Ob sie sich später von Wildbad aus nach Italien begeben wird, ist noch nicht bestimmt. Es wird dies nach dem Ausspruch der Aerzte davon abhängen, wie ihr die Cur in Wildbad bekommt. Mit dieser Badereise der Kaiserin bringt man in sonst gutunterrichteten Kreisen eine abermalige Hierherkunft des Kaisers Alexander in Verbindung. Es heißt nämlich, daß der Kaiser seine Mutter von Wildbad entweder abholen oder sie daselbst, im Fall sie nach Italien gehen sollte, vor ihrer Abreise nach dem Süden noch einmal besuchen werde. Es dürfte in dieser Beziehung wol auch an die Worte zu erinnern sein, mit welchen der Kaiser hier von seinem preussischen Ulanenregiment Abschied nahm: „Wir sehen uns bald wieder.“ Es heißt nun, daß im Spätsommer oder im Beginn des Herbstes eine Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich und des Kaisers Napoleon auf dem Schlosse Arenenberg am Bodensee stattfinden dürfte. Bestätigt sich das erwähnte Gerücht in Betreff des russischen Kaisers, so könnte es sich leicht treffen, daß seine Anwesenheit in Betreff der Zeit zusammenfiel mit der Anwesenheit des Kai-

sers Franz Joseph und des Kaisers Napoleon am Bodensee. Wir können das Alles freilich nur als eine Möglichkeit hinstellen; da aber die Gerüchte von einer beabsichtigten Zusammenkunft zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Kaiser Alexander trotz aller Widerlegungen nichts weniger als verschwinden wollen, so ist von dieser Möglichkeit doch jedenfalls Notiz zu nehmen. — Am 7. Juni wurden die Redacturen der hiesigen Zeitungen auf das Polizeipräsidium geladen, wo denselben infolge höherer Befehls Folgendes eröffnet wurde: Die hiesigen Zeitungen pflegten über die Sitzungen des Staatsministeriums Mittheilungen zu bringen. Einmal enthielten diese Mittheilungen aber gewöhnlich viel Ungenaues und Falsches, und sebann seien die Berathungen der Staatsregierung überhaupt kein Gegenstand der Oeffentlichkeit, woraus folge, daß den fraglichen Mittheilungen immer eine Verletzung des Amtsgeheimnisses zugrunde liegen müsse. Es würde deshalb, um dem in Zukunft in geeigneter Weise entgegenzutreten, die Veröffentlichung solcher Mittheilungen künftighin als eine Theilnahme an dem bezeichneten Vergehen angesehen und hiernach vorkommendenfalls durch Beschlagnahme der betreffenden Zeitungsnummern u. die nothwendige Verfolgung eingeleitet werden. Infolge dessen kann über die Sitzungen des Staatsministeriums in Zukunft nur noch Das mitgetheilt werden, in den hiesigen Zeitungen wenigstens, was die Staatsregierung selbst veröffentlichen zu lassen für gut befindet — also nur Officielles. — Vor einigen Tagen ist aus Rom der Prinz Joseph Bonaparte hier angekommen, der Sohn des Prinzen Lucian Bonaparte, des bekannten Präsidenten der römischen Nationalversammlung von 1848. Jetzt ist nun auch von Paris der Prinz Karl Bonaparte, begleitet von dem Prinzen und der Prinzessin Gabrielli, hier eingetroffen. Es scheint dieses Zusammentreffen kein bloß zufälliges zu sein. — Der diesseitige Gesandte in Kopenhagen, Graf Oriolla, weilt seit vorgestern hier. Es steht die Hierherkunft desselben, dem Vernehmen nach, mit dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen über die Sundzollfrage in Verbindung.

† Berlin, 10. Juni. In Betreff der Donaufürstenthümer neigt sich die Politik Preußens, dem Vernehmen nach, mehr der Anschauung der Westmächte zu, welche die Vereinigung der Moldau und Walachei unter einem und demselben Fürsten und die Verschmelzung derselben zu einem Ganzen als das heilsamste Mittel erkennen, um den Donaufürstenthümern aus ihrem gegenwärtigen zerrütteten Zustande aufzuhelfen. Wie bekannt, sind Oesterreich und die Türkei mit dieser Ansicht nicht im Einklange und wirken der Vermittlichung derselben entgegen. Rußland hat die Vereinigung der beiden Fürstenthümer als den Wünschen und den Interessen derselben entsprechend erklärt. Mit Recht ist hervorgehoben worden, daß dieses Auftreten Rußlands sehr erklärlich sei, indem diese Macht durch Förderung der nationalen Bestrebungen und wirklichen Interessen am ersten hoffen könne, Zuneigungen und Ansehen in den Fürstenthümern wiederzuerlangen und sich zu erhalten, und dies umso mehr, als die Pforte in beschränkter Politik Rußland darin den Vorsprung völlig überlassen zu wollen scheint. Man werde sich überzeugt halten können, daß, je weniger Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis der Verhandlungen über die Organisation der Fürstenthümer sich zeige, desto wärmere Fürsprache die nationalen Interessen in der Moldau und Walachei russischerseits finden und desto gründlichere und gesündere Vorschläge zur Besserung der Zustände in diesen Ländern seitens Rußlands ausgehen werden. Die türkische und die österreichische Politik sei in Bezug auf diese Angelegenheit eine durchaus kurzsichtige. Wenn die Versicherung, daß Preußen sich in der bezeichneten Donaufürstenthümerfrage den Westmächten und Rußland mehr anschließe, sich als wahr erweisen sollte, so würde eine solche Thatsache schon insofern eine gewichtige genannt werden können, als von den fünf europäischen Großmächten vier sich für die Vereinigung der Donaufürstenthümer aussprechen.

— Das berliner Correspondenz-Bureau vom 10. Juni enthält folgende Mittheilungen: „Es ist ungeachtet der entgegenstehenden Versicherungen der von Oesterreich inspirirten Blätter hier in den unterrichteten Kreisen die Ansicht überwiegend, daß Oesterreich schon in nächster Zeit mit seinen Vorschlägen zur Umgestaltung der Bundesverfassung hervortreten werde. Man versichert, es seien von Oesterreich den Mittelstaaten verschiedene Concessionen gemacht, um deren Zustimmung zu den vorgeschlagenen Aenderungen zu erlangen. — Der in den dreißiger Jahren vielgenannte Uhrmacher Raunboldorf, der sich für den Sohn Ludwig's XVI. ausgab und sich Herzog der Normandie nannte, ist nicht, wie man seit längerer Zeit glaubte, in London gestorben, sondern befindet sich gegenwärtig im Gewahrsam der Polizei zu Rotterdam. Da er als preussischer Unterthan angesehen wird (er lebte viele Jahre, das Uhrmachergewerbe betreibend, in Krossen a. D.), so hat die niederländische Polizei bei den diesseitigen Behörden Erkundigungen eingezogen.“